

Reagan: „Wir dürfen nicht zimperlich sein“

Brandreden gegen die Sowjets, Rüstungsprogramme in Milliardenhöhe und gar wieder die Neutronenbombe für Europa — mit solchen Tönen fing Ronald Reagan seine

Regierung an. Dabei ist Amerika der Sowjet-Union immer noch militärisch überlegen. Und auch wirtschaftlich könnte es, trotz schwerer Krise, besser durchhalten.

Sie hatten sich öffentlich duelliert Sünd, wie Andrew Jackson, ihren Gegner erschossen. Sie hatten mit Kurzwaren gehandelt wie Harry Truman, eine Schanklizenz erworben wie Abraham Lincoln, erst als erwachsene Männer Lesen und Schreiben gelernt wie Andrew Johnson.

Und sie waren dennoch, zumindest einige von ihnen, gute, ganz wenige sogar bedeutende Präsidenten der USA geworden.

Warum sollte es da nicht auch ein Film-Held aus dem Wilden Westen schaffen, der als Hauptdarsteller in „Cavalry Charge“ und „Law and Order“ aufgetreten war?

Wenn dieser Ronald Reagan, seit vorigen Freitag 70, erst einmal ins Weiße Haus eingezogen sei, so hofften und glaubten viele Amerikaner, werde aus dem Film-Cowboy von gestern sehr schnell ein pragmatischer Staatsmann werden und vielleicht sogar ein bedeutender Präsident; zwar ältlich, aber vielleicht doch weise, zwar von einer Woge des Patriotismus zum Sieg getragen, aber wohl nach dem Sieg doch vernünftig, gradlinig, berechenbar.

Wie hatte doch der alleswissende Henry Kissinger auf dem Wahlkongreß der Republikaner in Detroit im Juli über den „Treuhänder unserer Hoffnungen“ geschwärmt: „Ronald Reagan wird die Vision von dem hochhalten, was Amerika sein kann.“ Das sollte sich auf erstaunliche Weise bestätigen.

Die neue Zeit war formell noch nicht angebrochen, Ronald Reagan noch nicht unter den Klängen von „Hail to the Chief“ rotgewandeter Marines-Musikanten zum König der USA gekrönt und gesalbt, da klang der Welt schon das Leitmotiv der neuen Administration in den Ohren.

Am 9. Januar trat der künftige Außenminister Alexander Haig vor den Außenpolitischen Ausschuß des Senats, der ihn auf seine Qualifikation zu prüfen hatte. Der Prüfling, bis dahin als smarter, diplomatischer Offizier bekannt, überraschte durch gesammelte Härte, Klarheit des Geistes und eine unzeitgemäße Moral: Frieden sei nicht das Wichtigste im Leben. „Es gibt Dinge, für die wir Amerikaner bereit sein müssen zu kämpfen.“

Seit dieser Tonvorgabe stimmten die neuen Männer ein Crescendo an, das daheim wie neue Trompeten von Jeri-

cho klang, in der Welt aber, in Europa und der Sowjet-Union vor allem, erst Verwunderung, dann Irritation und schließlich Angst weckte. Da fiel Schlag auf Schlag — alles nur Worte, aber was für welche:

12. Januar: Ronald Reagan forderte in einem Interview mit dem rechten Magazin „U.S. News & World Report“, die Russen müßten „ihr Verhalten ändern und dürfen nicht mehr wie bisher vorgehen“.

28. Januar: Haig kündigt auf seiner ersten Pressekonferenz als Außenminister an, „terroristische Regierungen“, in seinem Verständnis wohl die Mehrheit der Uno-Mitglieder, würden künftig unter Druck gesetzt.

29. Januar: Präsident Reagan beschuldigt die Sowjets auf seiner ersten Pressekonferenz, daß sie „lügen und betrügen“, hinter allem Terrorismus steckten und sich eine Moral zurechtgelegt hätten, die es ihnen erlaube, „jede Art von Verbrechen“ zu begehen.

Das waren Worte, die kein Carter, Ford, Nixon, Johnson je gebraucht, das war der stärkste verbale Affront, den ein führender Staatsmann der Nato seit Ende des Kalten Kriegs gegen Moskau gemacht hatte.

Selbigen Tags folgte den Worten dann auch eine — kleine, kleinliche — Tat: Als Sowjet-Botschafter Anatolij

* Mit Chefberater Meese.



US-Präsident Reagan im Weißen Haus*: „Treuhänder unserer Hoffnungen“

Dobrynin auf bewährtem schnellem Weg das US-Außenministerium in Washingtons C Street durch die Garage betreten wollte, signalisierten die Wachmänner „Halt“.

Dobrynins Limousine mußte zurücksetzen. Der Botschafter durfte nicht mehr per Schnell-Lift in die (siebte) Chefetage. Nach sieben Jahren Sonderbehandlung hieß es: Keine Extrawurst mehr für den Russen, durch den Haupteingang mit ihm wie mit jedem gewöhnlichen Besucher.

Amerikanische Medien feierten die Anordnung des neuen Außenministers Haig wie einen Sieg über die Russen. Nach fast 15monatiger Demütigung durch wildgewordene Mullahs endlich eine befreiende Tat, endlich der Welt gezeigt, daß sich die mächtigen Vereinigten Staaten nicht weiter herum-schubsen lassen.

Und auch das Furioso der starken Worte ging ungehemmt weiter:

2. Februar: Haig erklärt in einem Interview (SPIEGEL 6/1981) „die ganze Welt“ zur „Sache der Nato“.

2. Februar: Reagan erklärt in einem Interview mit fünf US-Journalisten, die Sowjets hätten keine Moral, weil sie „nicht an ein Leben nach dem Tod... und nicht an Gott glauben“.

3. Februar: Verteidigungsminister Caspar Weinberger enthüllt auf seiner ersten Pressekonferenz, die Reagan-Regierung wolle „sehr wahrscheinlich Gebrauch machen“ von der Neutronenbombe.

Nun erregte sich Europa, denn mit einem Schlag wurden düstere Erinnerungen an jenen leidvollen Zwist geweckt, der 1977/78 Europäer mit Amerikanern, Europäer mit Europäern, Deutsche mit Deutschen und Sozialdemokraten mit anderen Sozialdemokraten entzweit hatte. Eine veritable Mine im Bündnis, die längst weggeräumt schien, war fröhlich wieder ausgelegt. Prompt protestierten die Protestler von damals: Holländer, Dänen, Schweden. Bremens SPD: „Unverantwortliches Vorhaben.“

Und Moskau trat nun auch ans Gewehr. Hatten die Sowjets nach anhaltendem Sperrfeuer gegen den unglückseligen Carter den Nachfolger Reagan zunächst noch geschont und die ersten sowjetfeindlichen Ausfälle mit Verzögerung unkommentiert wiedergegeben, so gingen sie seit dem 3. Februar ihrerseits in Kampfposur — die Folge der Schmähungen aus Washington ließ ihnen kaum eine andere Wahl.

Auf den Terrorismus-Vorwurf konterte Moskaus „Prawda“ mit „böswilliger Betrug“, und auf Reagans gedanklichen Ausflug in die Götterwelt der Roten mit „mittelalterlich“. Immer schon habe das Weiße Haus „vor Frömmigkeit gestöhnt“, wenn es besonders Abenteuerliches im Sinn gehabt habe. Dem gläubigen Katholiken Haig hielten die Sowjets „Ignoranz und Scheinheiligkeit“ vor. Summa summarum: „Aggressive, militaristische Reden aus Washington.“

Nun mußte die neue Administration genau das tun, was den Präsidenten Carter so oft in Verlegenheit gebracht hatte: Gegenorder geben. State-Department-Beamte kündigten an, daß sie versuchten, das „Buschfeuer“ auszutreten, und am Ende beteiligte sich Chef Haig selbst an den Löscharbeiten: Alle Nato-Staaten erhielten es in Botschaften des Ministers schwarz auf weiß, daß eine Entscheidung über die Neutronenbombe nicht gefallen sei, dazu die Bitte, die diesbezüglichen Äußerungen des Kollegen Weinberger nicht zu beachten.

Mit solch grellem, beklemmendem Feuerwerk hatte noch kein einziger der Reagan-Vorgänger seine Amtszeit als US-Präsident eröffnet, und daß die schwersten der hochgegangenen Raketen nicht planvoll und vorsätzlich, sondern eher beiläufig, zufällig gezündet wurden, änderte nichts an dem verheerenden Eindruck.

Vermutlich hatte Reagan seinen „Lügen und Betrügen“-Vorwurf und Weinberger seinen Neutronen-Einfall gar nicht als schwerwiegende Äußerung empfunden. Als Reagan gefragt wurde, warum er auf seiner ersten Pressekonferenz die Sowjets so hart angenommen habe, antwortete er: „Ich wünschte heute, Sie hätten diese Frage gar nicht gestellt. Sie haben sie aber gestellt.“

Erschüttert jedenfalls war das weitverbreitete Wunschdenken, die neuen Männer in Washington würden weltgewandter operieren als Carters Provinzteam aus Georgia; enttäuscht waren die Hoffnungen, daß sich Reagans Leute besser untereinander abstimmen und die Alliierten genauer informieren würden, als Carter es tat.

„Wir waren auf Weinbergers Bemerkungen so wenig vorbereitet wie auf die Angriffe des Präsidenten gegen die Russen“, beklagte sich ein westlicher Diplomat in Washington. „Ist das die Zeit der Konsultationen?“

So kamen denn vorige Woche bestürzende Fragen auf: War der unberechenbare Carter vielleicht sogar berechenbarer als Reagan? Oder schlimmer: Ist Amerika einer Weltmachtrolle nicht fähig — ganz gleich, wer im Weißen Haus regiert, ob Vietnam-Johnson, Watergate-Nixon, Geisel-Carter oder Western-Reagan.

Niemand hatte daran gezweifelt, daß die durch einen konservativen Erdbeben an die Macht gekommene Reagan-Administration gegenüber den Sowjets eine Politik der Stärke betreiben würde, daß Diplomatie wieder eine Funktion von Raketen und Divisionen, Machtgebärden und Durchhalteparolen werden würde. Aber derart unreflektiert und undifferenziert?

So simpel sieht der hochintelligente Haig das Terrorismus-Problem, daß er



Antiwestliches Gemälde in Moskau*: „Militaristische Reden“

* Auf einer Ausstellung zeitgenössischer Kunst 1980 mit dem Hinweis auf die US-Präsidentenweisung 59, mit der die „militärischen Ziele“ eines Nuklearangriffs festgelegt wurden.

in seinem Senatshearing ankündigte: „Statt den Menschenrechten werden wir uns jetzt dem internationalen Terrorismus widmen, denn er ist die äußerste Menschenrechtsverletzung.“

Daß des einen Terrorist des anderen Freiheitskämpfer ist, schien er nicht wahrzunehmen. Namibias Swapo etwa galt sogar im Washington Carters — wie heute noch in Europa — als nationalistische Unabhängigkeitsbewegung. Carters Uno-Vertreter pflegten, wenn auch nur insgeheim, mit Jassir Arafats PLO Kontakte. Die Reagan-Administration klassifiziert dagegen beide Organisationen als Handlanger der Russen.

Die Einstellung zu Moskau bestimmt künftig offenbar weitgehend, ob die US-Regierung jemanden als Freund oder Feind bewertet. Willkommen in Washington sind Anhänger des westlichen Wirtschaftssystems und sogar Diktatoren, wenn sie sich als gute Antikommunisten bewährt haben. Präsident

Wo „Sozialreform“ als Schimpfwort gilt, sind Kürzungen von Sozialausgaben nur logisch. In einem geheimen schwarzen Buch von 123 Seiten Umfang stellte Reagans Budgetdirektor David A. Stockman für den Kongreß eine erste Strichliste zusammen.

Insgesamt sollen schon im nächsten Haushaltsjahr, das am 1. Oktober beginnt, an die 40 bis 50 Milliarden Dollar eingespart werden — in praktisch allen Bundesprogrammen. So sollen die staatlichen Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsprogramme und Schulspeisung gekappt werden, sollen die Städte weniger Mittel zur Slumsanierung, die Alten und Armen weniger Beihilfen im Gesundheitsdienst und in der Lebensmittelversorgung, die Bauern weniger Subventionen, alleinstehende Mütter weniger Kinderbeihilfe erhalten. „Wir dürfen nicht zimperlich sein“, erklärte der Präsident seinen Landsleuten am vorigen Donnerstag in seiner ersten TV-Botschaft an die Nation.



Sowjet-Botschafter Dobrynin, US-Außenminister Haig*: „Böswilliger Betrug“

Reagans erste Staatsgäste: Edward Seaga, konservativer Wahlsieger aus Jamaika, und Chun Doo Hwan, brutaler Putschgeneral aus Südkorea.

Der Kongreß, ganz im Einklang mit der Grundstimmung im Lande, folgte Reagans Bitte, einen Jahresbericht über Menschenrechte in aller Welt erst nach Chuns Abreise zu veröffentlichen. Gefangenschaft und Folter in Südkorea machen einen beträchtlichen Teil der Dokumentation aus.

Während der General aus Korea in Washington geehrt wurde, erfuhr Amerikas El-Salvador-Botschafter Robert White, daß seine Dienste nicht mehr gefragt seien. Schon Reagans Übergangsteam hatte ihn als „Sozialreformer“ aufs Korn genommen.

Reagans Amerika soll vor allem auch sparen, weil der Präsident Zauberkraft versprochen hat: Er will den Haushalt ausgleichen und die Steuern senken — bei gleichzeitiger Rekorderrhöhung des Verteidigungsbudgets.

Der Militärhaushalt für das laufende Haushaltsjahr soll von 171 auf rund 178 Milliarden Dollar steigen. Im kommenden Haushaltsjahr will die Reagan-Mannschaft dann bereits an die 220 Milliarden Dollar für die Verteidigung ausgeben — etwa 23,6 Milliarden mehr, als die scheiternde Carter-Regierung veranschlagt hatte.

Das übersteigt noch weit die „Sieben-Prozent-Lösung“, für die sich bislang die Falken innerhalb der Republi-

* Bei einem Abendessen am vorigen Mittwoch.



Verteidigungsminister Weinberger
Neues zur Neutronenbombe

kanischen Partei stark gemacht hatten: Nur mit einer jährlichen Steigerung der Militärausgaben um sieben Prozent, so hatten sie argumentiert, sei Amerika in der Lage, den Sowjets annähernd Paroli zu bieten.

Sieben Prozent reales Wehr-Wachstum im Jahr — nach vier Jahren Reagan hätte das Militärbudget dann die Horror-Marke von 300 Milliarden Dollar überschritten, und das Geld würde immer noch nicht ausreichen, um die ehrgeizigen Rüstungsprojekte der Rechten, der Militärs und der Industrie zu finanzieren.

Anders als die Europäer und sein Vorgänger Carter in der Anfangszeit seiner Regierung fürchtet Reagan einen neuen Rüstungswettlauf mit Moskau nicht. Er glaubt, daß die Sowjet-Union mit ihrem niedrigeren Bruttosozialprodukt viel mehr darunter leiden müsse als der reiche Westen — ökonomisch wahrscheinlich eine richtige Rechnung. Denn nach einer CIA-Berechnung produzieren die USA heute 40 Prozent mehr als die Sowjet-Union, können sie es sich leisten, jeweils zehn Dollar für etwas aufzuwenden, wofür die Sowjets nur sechs zur Verfügung haben.

Aber das reiche Amerika macht wirtschaftlich, so Reagan am vorigen Donnerstag, „die schlimmste Krise seit der großen Depression durch.“

Seit 1979 schon leben die USA mit zweistelligen Inflationsraten, seit Jahren sind Millionen Amerikaner arbeitslos, schließt der Staatshaushalt mit gigantischen Defiziten ab. Insgesamt waren die Staatsschulden Ende 1979 bereits auf den phantastischen Betrag von 1,2 Billionen Dollar angewachsen, belaufen sich allein die Zinsen für dieses

„Das hat die Welt noch nicht gesehen“

Trotz aller Zahlen — im Wettrüsten liegt Amerika immer noch vorn

Die Position der USA ist heute noch prekärer als am Tag nach Pearl Harbor.
Wahlkämpfer Ronald Reagan (1979)

Grauen sollte Amerika packen: Ohnmächtiger noch als nach dem Überraschungsangriff der Japaner von 1941? Die westliche Supermacht, obwohl bis an die Zähne gerüstet, nur ein Papiertiger?

Von einer „ausgehöhlten Armee“ sprach jammernd deren Stabschef; auf drei Weltmeeren operiere eine Navy, klagte deren erster Admiral, „die nur für anderthalb Meere taugt“; die Sowjets aber, wußte Ronald Reagan, rüsteten in einem Maße auf, „wie es die Welt noch nie gesehen hat“.

Drohend auf Europa gerichtet die Wunderwaffe SS-20, riesige U-Boote und gar ein Schlachtkreuzer („Kirow“), wie ihn keine Marine der Welt mehr unterhält, immer mehr Panzer, immer schwerere, genauere Raketen, dazu ein Millionenheer genügsamer, gut ausgebildeter Soldaten — der rote Riese schien auf dem Sprung zur Militärmacht Nummer eins. Unaufhaltsam? Oder gar schon am Ziel?

Auf jeden Fall entdeckten die Amerikaner, wie so oft schon in der Vergangenheit, wieder eine Lücke, die es zu schließen gilt. Hatten nicht Reagan und seine Republikaner in ihrem Wahlprogramm eine „umfassende militärische und technologische Überlegenheit gegenüber der UdSSR“ anvisiert?

Tatsächlich aber „haben sich die Vereinigten Staaten seit Beginn des Wettrüstens mit der Sowjet-Union einen soliden Vorsprung bewahrt“, behauptet zum Beispiel Tom Gervasi, Ex-Offizier in der Gegenspionage des militärischen Abwehrdienstes der USA.

Um das zu erkennen, darf man allerdings nicht nur auf die Zahlen schauen.

So haben die Sowjets zwar mittlerweile an die 150 Raketen des Typs SS-20 installiert; mehr als ein Viertel davon steht jedoch jenseits des sogenannten Swing-Bereiches, von dem aus Westeuropa zu treffen ist: Sie bedrohen Moskaus Erzfeind China. Das Hauptkontingent der 2586 gegen Westeuropa gerichteten sowjetischen Sprengköpfe besteht aus Raketen der Typen SS-4 und SS-5.

Der Westen andererseits verfügt in Europa über mehr als 7000 taktische Atomsprengköpfe. Gervasi: Selbst wenn man die gegenwärtige Disparität außer acht ließe, „so würden die Sowjets beim gegenwärtigen Produktions-tempo der SS-20 noch einmal 33 Jahre brauchen, um mit jenen zusätzlichen

5000 taktischen Atomsprengköpfen gleichzuziehen, die wir, mit oder ohne Salt II, bis 1985 in Europa haben werden“.

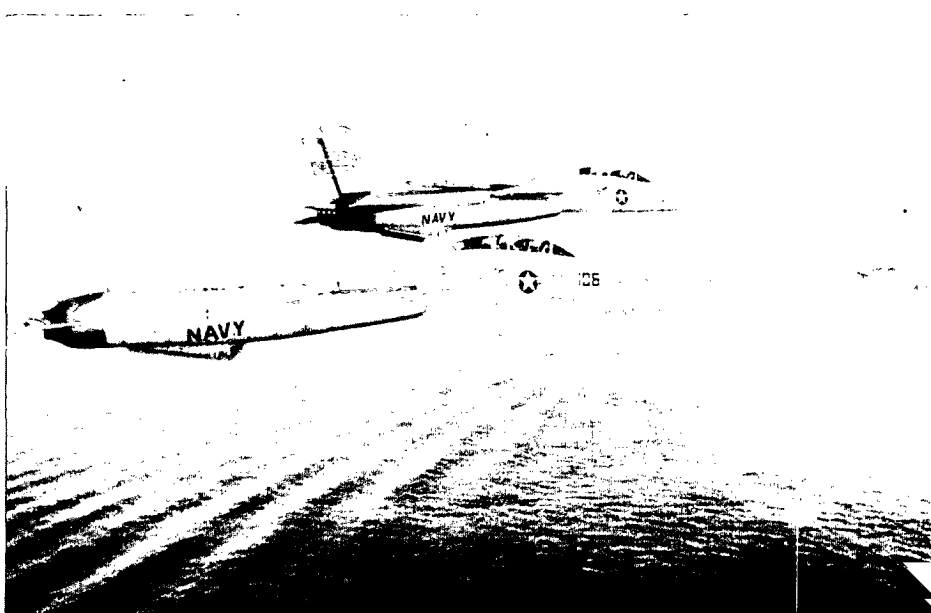
Oder: Die Sowjets allein haben gegenwärtig 2,7 Millionen Mann unter Waffen, davon 1,8 Millionen in der Armee, die USA dagegen nur 770 000.

Tatsächlich jedoch sind 800 000 sowjetische Soldaten entlang der über 9000 Kilometer langen Grenze zu China stationiert; und im Falle der totalen Mobilmachung würde die Nato insgesamt über 5,2 Millionen Soldaten verfügen (die Franzosen nicht einmal mitgerechnet), der Warschauer Pakt laut Gervasi gerade über 4,8 Millionen.

einen würde die Nato-Flotte verstärkt durch 1100 auf Flugzeugträgern stationierte US-Maschinen sowie möglicherweise 400 französische Kampfflugzeuge und — so Apel kann — 807 Tornados; und zum anderen besagt auch hier die Zahl nur wenig.

„Unsere F-14, F-15 und F-16“, versicherte schon Carters Verteidigungsminister Harold Brown, „sind mit ihren Bordradar-, Navigations- und Munitionssystemen in der Welt unerreicht.“ Die östlichen MiG- und Suchoi-Piloten hätten allen Grund, sich vor den Westfliegern zu fürchten.

Bleiben Raketen-Streitmacht und Marine. Und auch hier liegen die So-



Amerikanische F-14-Kampfflugzeuge: Grund zur Furcht?

Hinzu kommt, so weist Gervasi nach, daß die USA allein in den anderen drei Teilstreitkräften stärker sind als die Sowjets: um 88 000 Mann bei den Luftstreitkräften, um 91 000 Mann bei den Seestreitkräften, und von den Marineinfanteristen redet man besser überhaupt nicht. Da stehen auf amerikanischer Seite 184 000, auf sowjetischer dagegen ganze 12 000 bereit.

Rote Übermacht auf Ketten? Theoretisch könnten zwar gut 27 000 Panzer-Ost die knapp 12 000 Panzer-West (einschließlich Frankreich) überrollen. Nur: Wie sollen sie an den gut 190 000 zumeist überaus präzisen und wirkungsvollen Panzerabwehrraketen des Westens vorbeikommen?

In der Luft müßten sich etwa 3300 Nato-Maschinen mit knapp 5800 östlichen Flugzeugen schlagen. Aber zum

wjets, schaut man nur auf die Zahlen, eindeutig vorn. Ob Trägersysteme, U-Boot-Raketen, Interkontinentalraketen, Megatonnen — gar bedrohlich scheint der Vorsprung des Ostens, bei der in Megatonnen berechneten Vernichtungsgewalt nahezu drei zu zwei.

Entscheidender aber ist, was mit diesen Systemen ins Ziel befördert werden kann. Und da verfügen die USA derzeit über knapp 12 000 Sprengköpfe, die Sowjets nur über gut 5000: Die USA können also mehr als zweimal so viele Ziele treffen wie die Sowjets.

Auf und unter Wasser schließlich schwimmen zwar fast viermal so viele sowjetische Schiffe wie amerikanische. Aber 60 Prozent der Sowjetschiffe sind reine Minen-Geschwader, Schnellboote und Hilfsschiffe, und von den Über-

wasserschiffen der Sowjets verfügen nur wenige über nachladbare Torpedosysteme, während die amerikanischen Schiffe eher schwimmenden Waffenarsenale gleichen, die mehrere Stunden lang feuern können.

Unter Wasser gleiten mehr nukleare Angriffs-U-Boote der USA, über Wasser 13 amerikanische Flugzeugträger — gegenüber zwei sowjetischen.

Und mögen die Sowjets seit letzten November auch über das größte Unterwasserschiff aller Zeiten verfügen — die 30 000-Tonnen-„Typhoon“ —, wirksamer ist die amerikanische „Ohio“ (18 700 Tonnen), von der die Navy gerade das achte Exemplar bestellte: Die Ohio-Boote werden mit 24 „Trident“-Raketen ausgestattet, die jeweils 24 Sprengköpfe befördern, insgesamt also 576 Ziele anfliegen können; die Typhoon-Boote dagegen sollen mit jeweils 20 SS-N-18-Projektilen ausgestattet werden, auf denen je drei Sprengköpfe Platz finden. Zielzahl also gerade 60.

Hinzu kommt, daß die Sowjet-Streitmacht unter beträchtlichen strukturellen Schwierigkeiten leidet und daß Mängel in der Ausbildung die Kampfkraft aller Teilstreitkräfte reduzieren.

Das Training sowjetischer Piloten etwa wird von Nato-Fachleuten als „simpel“ bezeichnet. Die Piloten üben ausschließlich den statischen Sektorenflug; was in den Nachbarabschnitten geschieht, bleibt den dortigen Kameraden überlassen. Im Ernstfall würde das eine mangelnde Flexibilität bloßlegen.

Gut standardisiert ist die Frontausrüstung der Sowjetarmee. Neue Waffen aber, die für ausgefallenes Gerät herangeschafft werden müßten, träfen auf Personal, das Erfahrung nur im Umgang mit dem alten Material hat.

Die Instandsetzung an der Front jedoch ist praktisch unmöglich, denn wie alles in der Sowjet-Union, so sind auch die Reparaturbetriebe zentralisiert. Defekte Düsen etwa können nicht auf den Fliegerhorsten oder Feldflugplätzen, sondern nur in den Zentralwerkstätten repariert werden, die sich alle in der Sowjet-Union befinden.

Das alles hatte zur Folge, daß die Sowjets vor dem Einmarsch in Afghanistan drei Monate brauchten, um ihre Eingreif-Divisionen überhaupt erst einmal aufzufüllen.

Und das hatte auch zur Folge, daß Jimmy Carters Verteidigungsminister Harold Brown in einer Anwendung von Ehrlichkeit — die Wahl war bereits verloren — ein Geheimnis preisgab, das für Eingeweihte längst keines mehr ist:

Zwei Drittel aller Sowjet-Divisionen seien, so der US-Minister, „als nicht kampfbereit“ einzustufen.

Minus in diesem Jahr auf rund 90 Milliarden Dollar.

Nach Rüstungs- und Sozialetat ist der Schuldendienst der drittgrößte Einzelposten im US-Haushalt. Reagan: „Wir sind von einer wirtschaftlichen Katastrophe gewaltigen Ausmaßes bedroht, und wir können uns nicht damit retten, daß wir so weitermachen wie bisher.“

Aber läßt sich, wie viele Amerikaner — und nicht nur die Rechten — glauben, die Konjunktur auf Panzerketten schneller ankurbeln, kann Rüstung zugleich auch Rettung für die Wirtschaft bringen?

Die Anhänger dieser Theorie verweisen gern auf die Erfahrungen des Koreakrieges, als Amerika dank einer gigantischen Rüstungsanstrengung kurzfristig eine Art Wirtschaftswunder erlebte.

Bald aber lösten die Haushaltsdefizite, mit denen der Feldzug in Asien finanziert wurde, einen starken Inflationsschub aus. Nur die Überschüsse in der Handelsbilanz ließen die Löcher im Etat nicht ganz so bedrohlich erscheinen.

Inzwischen aber hat Amerika miterleben müssen, wie seine wirtschaftliche Vormachtstellung in der Welt von Jahr zu Jahr schrumpfte. 1950, bei Ausbruch des Koreakrieges, betrug der Anteil der USA am Bruttosozialprodukt der Erde noch 34 Prozent; 1978 war er auf unter 25 Prozent abgesunken.

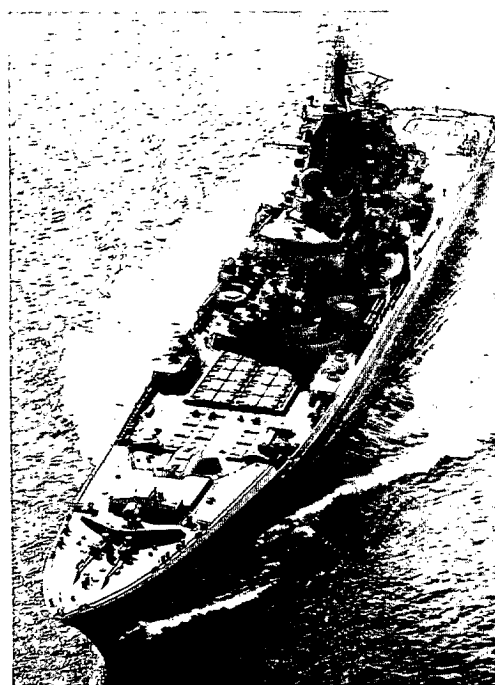
„Das eigentliche Risiko für die nationale Sicherheit der USA“, folgerten zwei liberale Autoren in der US-Zeitschrift „Foreign Policy“, „ist die schmalere gewordene wirtschaftliche Basis, aus der die Militärmacht destilliert wird. Wenn also Alarm geschlagen wird, dann sollte die Betonung auf ökonomischem und nicht auf militärischem Gebiet liegen.“

Vermutlich könnten die USA auch heute noch — wie zu Zeiten von Weltkrieg II und Korea — schlagartig auf Kriegsproduktion umschalten und das Tempo im Rüstungswettlauf mit den Sowjets dramatisch beschleunigen.

Aber das würde auch ihnen mehr Opfer abfordern als je zuvor und vielleicht sogar ihren Lebensstandard wirklich auf den zu Zeiten der von Reagan beschworenen Großen Depression zu Beginn der 30er Jahre reduzieren.

Vor allem die Inflationsrate, die auf dem Rüstungssektor ohnehin bereits die 14-Prozent-Marke erreicht hat, würde noch verheerender sein — schon deshalb, weil die USA bei einem neuen Hochrüstungsprogramm noch mehr Rohstoffe einführen müßten als bisher. Allein im vergangenen Jahrzehnt aber haben sich die Ausgaben für den Import strategisch wichtiger Mineralien vervierfacht.

Erst recht aber würde sich die Inflationsspirale drehen, wenn auch noch



Sowjet-Schlachtkreuzer „Kirov“
Auf dem Weg zur Spitze?

ein privater Konjunkturaufschwung einsetzte. Der Geldumlauf, so fürchten seriöse Wirtschaftswissenschaftler, wäre dann kaum mehr zu kontrollieren.

Und fraglich ist, ob sich mit den Rüstungsgeldern mehr Arbeitsplätze schaffen ließen als bisher: Gerade die Waffenfabriken sind in hohem Maß automatisiert, gebraucht werden allenfalls Facharbeiter, Techniker und Ingenieure — und von denen gibt es jetzt schon zu wenig.

Schon unter Carter, der wie kaum ein anderer Präsident vor ihm das Budget des Pentagon erhöhte — in nur vier Jahren von 100 auf 171 Milliarden Dollar —, war es zu gefährlichen Engpässen im Wettlauf zwischen militärischem und zivilem Bereich gekommen.

Boeing etwa, der größte Flugzeugproduzent der Welt, hat seit 1978 seine Zulieferer voll ausgelastet, um den Bau der neuen Jet-Modelle 757 und 767 voranzutreiben. Würden diese Vorhaben nun zugunsten militärischer Projekte gestreckt, so ginge auf absehbare Zeit ein wichtiger Aktivposten in der US-Handelsbilanz verloren.

Die Zulieferfirmen sind zum Teil so lange im voraus ausgebucht, daß die Luftfahrtbauer 1980 bereits dazu übergehen mußten, Nachschub außer Landes anzufordern. Boeing und McDonnell Douglas schlossen sogar schon Lieferabkommen mit dem Kugellagerunternehmen Nippon Miniature Bearing. „Nirgendwo sonst“, so das japanische Magazin „Nihon Keizai“, „können die Amerikaner ähnlich gutes Material bekommen.“

Auch auf anderen Gebieten sind die amerikanischen Aufrüster auf die Hilfe

Die Russen mußten notschlachten

Die Auswirkungen des amerikanischen Getreide-Embargos

Das amerikanische Getreide-Embargo, nach der Afghanistan-Invasion gegen die Sowjet-Union verhängt, hat trotz vermehrter Lieferungen dritter Länder Wirkung gezeigt und beeinträchtigt die sowjetische Versorgung fühlbar — vor allem, weil die Russen selbst nacheinander zwei Mißernten einführen.

1979 hatte die Sowjet-Union statt geplanter 230 Millionen Tonnen nur knapp 180 Millionen Tonnen Getreide eingebracht. Ihr Importbedarf für 1980 schnellte deswegen auf 37 Millionen Tonnen hoch, wovon Moskau allein 25 Millionen Tonnen bei den Amerikanern kaufen wollte.

Als Carter vor einem Jahr 17 Millionen Tonnen blockierte, wandten sich die Sowjets an andere Überschuß-Produzenten wie Argentinien, Brasilien, Australien. Den größten Schnitt machten die Argentinier. Sie verkauften 1980 — zu höheren Preisen als zuvor die Amerikaner — mehr als siebeneinhalb Millionen Tonnen Getreide und Ölsaaten an die Russen. Zugleich schlossen sie einen Fünfjahresvertrag ab, wonach künftig jährlich gut vier Millionen Tonnen geliefert werden sollen — das „wichtigste Abkommen in der Exportgeschichte Argentinien“, wie Wirtschafts-Staatssekretär Jorge Zorreguieta rühmte.

Trotz des Abgrasens aller Märkte und einem Mehraufwand von einer Milliarde Dollar an Devisen blieb der sowjetische Import um rund sechs Millionen Tonnen unter dem Planziel, kam es zu Notschlachtungen, fielen zum Jahresende Viehbestand und Fleischproduktion um runde fünf Prozent. 1980 ging der ohnehin kümmerliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch von etwa 57 Kilo im Jahr um 1,1 Kilo zurück.

Doch dann blieb auch noch die 80er Ernte mit 189 statt 235 Millionen Tonnen um 20 Prozent unter dem Plan. Die Reserven vorhergegangener guter Ernten sind aufgezehrt, erstmals sieht sich die Sowjet-Union gezwungen, für die eigene Versorgung und ihre Verpflichtungen an Verbündete ihre strategische Reserve anzugreifen. Den tatsächlichen Importbedarf für 1981 schätzt der Internationale Weizenrat in London auf 45 Millionen Tonnen.

Schon aus Transportgründen kann die Sowjet-Union aber nach Angabe des Rates nicht mehr als 35 Millionen Tonnen einführen — und auch die wären bei Fortsetzung des US-Embargos nirgendwo zu haben.

Denn Trockenheit hat die Ernten in Argentinien, in Australien, Brasilien und anderen südlichen Ländern dezimiert. Auch Kanada und die USA haben geringere Ernten eingefahren als in den Vorjahren; Amerika wird einen beträchtlichen Teil seines traditionellen Überschusses künftig nach China liefern — bis zu neun Millionen Tonnen pro Jahr.

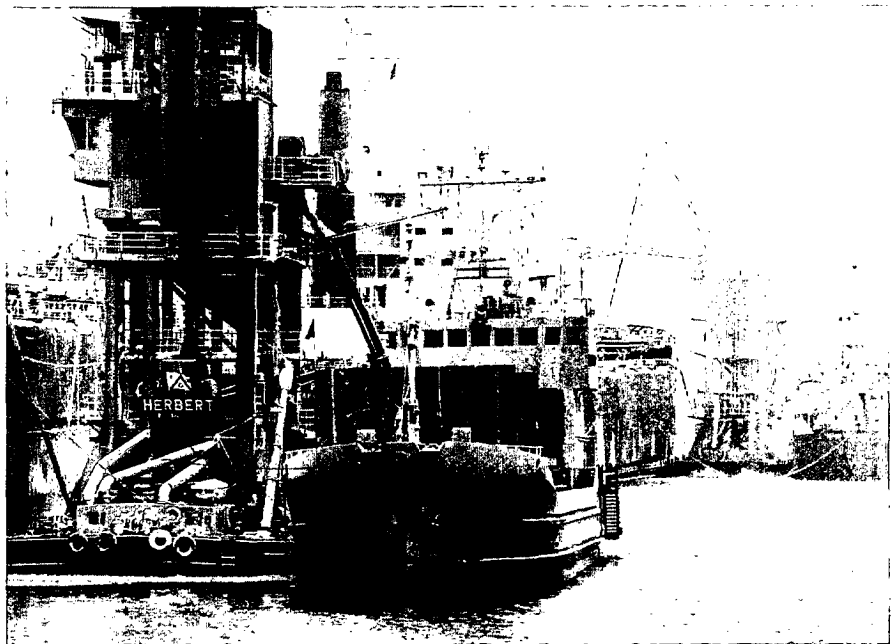
So kratzen die Russen unterdessen Getreide und Futtermittel selbst in Mini-Mengen und in Ländern zusammen, die nicht gerade zu tradi-

des Auslands angewiesen. Mehr als die Hälfte der 23 wichtigsten Rüstungs-Rohstoffe, die Amerika benötigt, stammen von ausländischen Lieferanten — eine Abhängigkeit, die durch den jahrelangen Materialkrieg in Vietnam noch erhöht wurde.

Drei der wichtigsten zehn Grundstoffe der Rüstungsindustrie — Mangan, Chrom und Kobalt — kommen in den USA kaum mehr vor.

Auch Bauxit, Grundstoff der Aluminiumherstellung, muß zu mehr als 90 Prozent eingeführt werden, das meiste von der Kariben-Insel Jamaica, deren neuer konservativer Premier von Reagan als erster ausländischer Staatsgast begrüßt wurde.

Zwar ist auch die Sowjet-Union bei einigen Rohstoffen auf Importe angewiesen — Chrom etwa bezog sie aus



Russische Getreidefrachter in Hamburg: Wirksames Embargo

tionellen Getreide-Exporteuren zählen — 300 000 Tonnen Weizen aus Spanien, 200 000 Tonnen aus Indien, 300 000 Tonnen Gerste bei der EG.

Und ähnlich wie vor einem Jahr, als die Sowjets alle verfügbare Transportkapazität einsetzten, um eilig heimzuschaffen, was möglich war, bevor Carters Embargo griff, hat Moskau auch seit Dezember schier panikartig allen international verfügbaren Schiffsraum für Getreide und Ölsaaten gechartert — für den stellvertretenden Vorsitzenden des Rotterdamer Getreidehändler-Verbandes, A. C. Graakenberg, eine „einmalige Situation auf dem Chartermarkt“, die er in Zusammenhang mit der Krisensituation in Polen und dort möglichen Entwicklungen sieht.

dem Iran —, doch insgesamt ist Moskau auf diesem Sektor besser dran. „Die Sowjet-Union“, resümierte die „Washington Post“, „kann so gut wie all ihre Bedürfnisse auf diesem Feld befriedigen. Das sind Tatsachen, die für Debatten wenig Raum lassen.“

Die Sowjets selbst sind sich dessen wohl bewußt. Auf die ersten scharfen Töne aus Washington antwortete am 27. Januar die Moskauer „Literaturzeitung“: „Wenn uns jemand kleinkriegen will, tut er besser daran, nicht in Dollar, sondern mit Rohstoffen zu rechnen. Auf diesem Feld sind wir reicher als andere.“

Nur: Mit Rohstoffen allein lassen sich weder die Rüstungsarbeiter noch die Soldaten der Sowjet-Union ernähren.

Schwächen könnte Reagan die Russen deshalb durch den Einsatz der „Getreidewaffe“. Entgegen seinen

Wahlversprechen und auf dringendes Anraten von Haig, so sickerte letzten Donnerstag in Washington durch, wolle der Präsident das Kornembargo verlängern, das nach dem Russeneinmarsch in Afghanistan von Carter verhängt worden war.

Wenige Tage zuvor noch hatte Reagans Landwirtschaftsminister John Block die Ausfuhrsperrung als „die lächerlichste Sache“ bezeichnet, „von der ich je gehört habe“. Block erreichte, daß der Getreideboykott statt im Nationalen Sicherheitsrat im gesamten Kabinett beraten wurde — und unterlag dennoch.

Wirrsal allerorten, die Administration erlebt Positionskämpfe wie gehabt unter allen Vorgängern. So hatte Haig am Inaugurationstag den noch im feierlichen Bratenrock steckenden Präsidenten mit einem 20-Seiten-Organisationsplan überrumpeln wollen. Dieser hätte den Außenminister, also ihn selbst, zum absoluten Herrscher in der Außenpolitik erhoben. Reagan vertagte die Entscheidung.

Er war auch nicht bereit, einen Sparentwurf für alle Ministerien zu unterzeichnen, mit dem Haushaltsdirektor David Stockman vollendete Tatsachen schaffen wollte.

Am meisten entrüstet über den 34jährigen, den die US-Presse oft mit dem deutschen Wort „Wunderkind“ bedenkt, war Haig. Stockman wollte dem General ein Drittel der Entwicklungshilfegelder streichen und ihm damit ein wichtiges Instrument der Außenpolitik rauben.

Haig wiederum plazierte einen Vertrauensmann, den Generalmajor Robert Schweitzer, der unter ihm bei der Nato in Brüssel gedient hatte, im Nationalen Sicherheitsrat des Richard Allen.

Reagan, sein Hauptberater Ed Meese (Spitzname: „Premier“) und Allen drückten dem Außenminister als Stellvertreter den Kalifornier William Clark auf, der zwar nichts von internationaler Politik versteht, aber vielleicht einen guten Wachhund abgibt.

Fachlich in der Klasse von Clark bewegt sich Energieminister James Edwards. Den gelernten Dentisten mußte Reagan ins Kabinett nehmen, um den mächtigen rechten Senator Strom Thurmond bei Laune zu halten, der vom liberalen Ted Kennedy den Vorsitz des Justizausschusses übernahm.

Der rechte Flügel der Republikaner fühlt sich nämlich in der Administration unterrepräsentiert. „Bis jetzt ist es so, als ob Main Street (die konservative kleinstädtische Hauptstraße) die Wahl gewonnen hat, aber Wall Street (das gemäßigte republikanische Establishment) das Land regiert“, beschwerte sich der erzkonservative republikanische Abgeordnete Howard Phillips.

Leute seines Schlages waren entrüstet, als Reagan kürzlich auf einer Party Katharine Graham, die Chefin der

liberalen „Washington Post“, mit einem Wangenkuss begrüßte.

Daß sich Reagan und der Kremlführer in absehbarer Zeit in die Arme fallen, braucht niemand zu befürchten. Schlappheit gegenüber den Russen kann dem Neuen und seinem Team niemand vorwerfen. Schon beschuldigt Moskau die Regierung Reagan, sie bereite einen begrenzten Atomkrieg vor.

Was aber verbirgt sich hinter der seltsamen, ebenso provokanten wie unbedarften Frische der Reagan-Leute, die ihre Arbeit noch nicht organisiert haben, sich aber schon ins große Wortgefecht gegen die andere Weltmacht stürzen?

Reagans Fixierung auf die Russen entspricht ganz gewiß seiner tief verwurzelten Antipathie gegen das kommunistische System, das er seit Jahr-

über dem amerikanischen Selbstbewußtsein, seit die Weltmacht Amerika mit dem kleinen Vietnam nicht fertig wurde und die Sowjet-Union in der Rüstung tatsächlich aufholte, wobei nach unvoreingenommener Wertung aber Amerika nach wie vor überlegen ist (siehe Seite 104).

Die wirtschaftlich bedrängte, mit Afghanistan und Polen geschlagene Sowjetmacht mit verbaler Kraftmeierei und hartem Rüstungsdruck zu demütigenden Rückzügen zwingen zu wollen, scheint die wichtigste außenpolitische Richtlinie der Reagan-Leute zu sein — wie weit der starke Mann Reagan dabei gehen will, wenn es zu einer krisenhaften Zuspitzung käme, etwa über Polen, weiß er wahrscheinlich selber nicht.

Fast religiöser Glaube an die Weltmission Amerikas, der den Frontier-



Interpol fahndet

tz, München

zehnten als Inkarnation des Bösen bezeichnet hat. In der Abneigung gegen Sowjets und „Terroristen“ weiß sich der Präsident gleichzeitig in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit seiner Landsleute.

Weinbergers Neutronenbomben-Bombe, die in Europa mit lautem Knall detonierte, ging in Amerika im Glücksgefühl über den großen Neubeginn unter, im Jubel über die Rückkehr der Geiseln. In einer Stimmungslage, in der Demonstranten „Atomisiert Persien“ forderten, in der die Mehrheit des Volkes Rekordausgaben für das Militär wärmstens unterstützt, damit „Amerika wieder Nummer eins“ werde, war die Neutronennachricht keine Schlagzeile wert.

Die Vorstellung, daß Amerika „Nummer eins“ nicht mehr sei, von rechten Gruppen wie dem „Komitee für die allgegenwärtige Gefahr“ hektisch geschürt, ist das Damoklesschwert

Typ Reagan beflügelt, dürfte jedenfalls kaum den richtigen Maßstab für eine zutreffende Einschätzung von Reaktion und Möglichkeiten des Gegners liefern.

Sollte aber der vom Zaun gebrochene Schlagabtausch entgegen dem verbalen Anschein gar nicht so sehr prinzipielle Ziele im Geist des politisch-religiösen Fundamentalismus von Reagans Gefolge und Gefolgschaft haben, sondern lediglich vom wirtschaftlichen Debakel in Amerika ablenken — um so bedenkllicher.

Denn kein Idi Amin oder Gaddafi, denen man einen Unvernunft-Vorschuß willig gewährte, sprach seine Verdammungsurteile über die sündigen Sowjets, sondern ein Präsident der USA.

„Es sieht so aus“, schrieb vorigen Dienstag Sowjet-Autor Juri Kornilow in der „New York Times“, „als ob Washington berechnen möchte, wer vom Frieden mehr profitiert, die USA oder die Sowjet-Union.“